

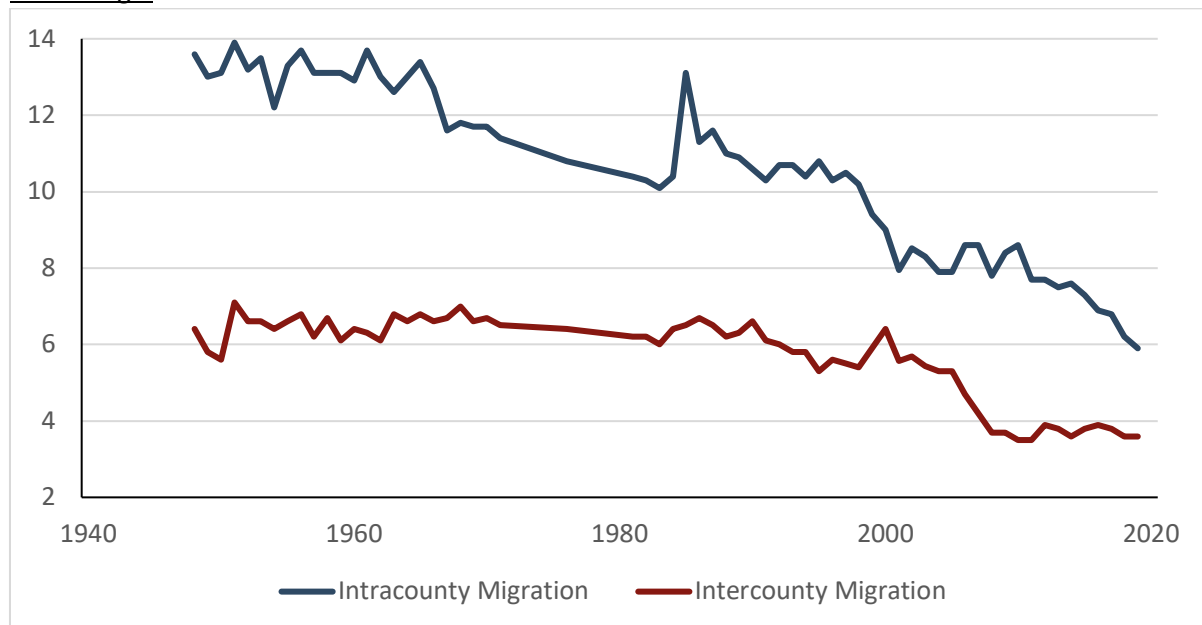
## Der amerikanische Traum ist ausgeträumt

WD-Zeitgespräch: Die USA nach der Wahl

### Ökonomische und politische Segregation

Die wirtschaftliche Lage und deren Perspektiven in den USA werden in besonderer Weise von den politischen Strukturen reflektiert. Denn die ökonomische Segregation in den vergangenen Jahrzehnten, die sich in einer historisch niedrigen Mobilität der Arbeitskräfte manifestiert, führt zu einer sich weiter ausprägenden Spaltung des Landes hinsichtlich Lebensführung, Qualifikation, wirtschaftlicher Basis und sozialen Perspektiven. Abbildung 1 zeigt, dass die Mobilität zwischen den Countys (Landkreisen) in den USA zwischen 1950 und 1992 nie unter sechs Prozent gesunken ist, seit 2007 hat dieser Anteil hingegen 3,9 Prozent nie überschritten. Der erste steile Rückgang trat zwischen 1990 und 1995 auf, der zweite nach 2005. Dies spiegelt sich in dem Rückgang der Mobilitätsrate innerhalb der Landkreise wider, die von über 13 Prozent in den 1950er Jahren auf unter sechs Prozent zurückging und sich somit mehr als halbiert hat.

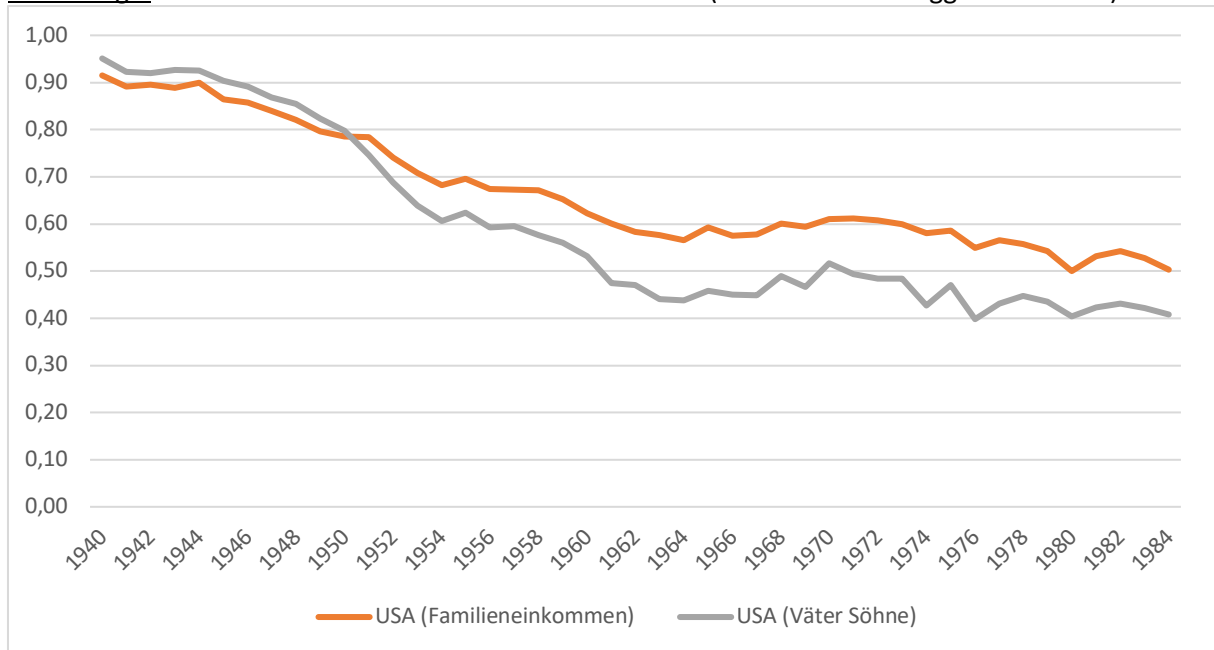
Abbildung 1: Arbeitskräftemobilität in den USA



Möglicher Strukturbruch im Jahr 2006 aufgrund von Veränderungen beim Imputationsverfahren des Current Population Surveys, keine Daten für 1972-1975 und 1977-1980. Quelle: U.S. Census Bureau (2019).

Die Mobilität der Beschäftigten war ein wichtiges Merkmal des amerikanischen Wohlstandsversprechens (Austin et al. 2018): Man kann es schaffen, zur Not an anderer Stelle. Die Menschen wandern zu den Jobs. Dass dieses Versprechen nicht mehr wie früher trägt, das unterstreicht auch die generative Betrachtung. So zeigen Chetty et al. (2017) für die USA, dass der Anteil der Kinder, die ein höheres Familien- oder Arbeitseinkommen erzielen als ihre Eltern, dramatisch zurückgegangen ist (Abbildung 2). Lag in der Geburtskohorte von 1940 die Quote bei beiden Einkommensarten noch bei über 90 Prozent und in der 1950er Kohorte bei 80 Prozent, so lag sie in der jüngsten Geburtskohorte von 1984 bei 50 Prozent und weniger. Dabei ist der Rückgang der absoluten Mobilität bei den individuellen Einkommen stärker als bei den Familieneinkommen insgesamt. Der amerikanische Traum, man könne einfach zu den Jobs wandern, ist ausgeträumt; zumal insgesamt die Erwerbstätigenquote seit 2000 um 3,5 Prozentpunkte auf 63 Prozent gesunken ist.

Abbildung 2: Generative Einkommensmobilität in den USA (Geburtskohorten ggü. den Eltern)



Quelle: Chetty et al. (2017).

Dieser Verlust an Einkommensaufstieg über die Generationen, der ebenso zum amerikanischen Wohlstandsversprechen gehörte, spiegelt sich auch in der Verteilung von Einkommen und Vermögen (Peterson Institute 2020): Nirgends in der entwickelten Welt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die Ungleichheit der Markteinkommen – gemessen am Gini-Koeffizienten – so verschärft wie in den USA, und das bei dem höchsten Niveau im betrachteten Ausgangszeitpunkt 1985. Die zehn Prozent einkommensstärksten Haushalte in den USA vereinigen 29 Prozent aller Einkommen, die zehn Prozent vermögensstärksten Haushalte 79 des Gesamtvermögens (in Dänemark liegen die Anteile bei 22 und 64 Prozent, in Deutschland bei 23 und 60 Prozent).

War in früheren Jahrzehnten die Wählergunst für die Republikaner und Demokraten nicht per se geografisch in regionalen Clustern von Staaten festgelegt, so hat sich dies seit den 1990er Jahren geändert. Seitdem sind die Staaten an der Westküste und an der nördlichen Ostküste sicher der demokratischen Partei zuzurechnen, die sogenannten Fly-Over-Countries der republikanischen Partei. Im Rust-Belt gibt es viele Swing States, was dem historischen Wechsel beider Parteien als Interessenvertreter der industriell arbeitenden Mittelschicht entspricht. Zugespitzt gilt, dass die Demokraten die innovativen Zentren (Silicon Valley, Biotech-Hub um Boston, Financial Center New York) gewinnen können, während die Republikaner in den traditionellen Wirtschaftsräumen verankert sind. Mit dieser Differenzierung verbinden sich unterschiedliche Einkommensniveaus (vgl. Hüther, Goecke 2016; Packer 2014). Hillary Clinton hat es im Rückblick auf die Präsidentschaftswahl 2016 so formuliert: „So I won the places that are optimistic, diverse, dynamic, moving forward. And his whole campaign, ‘Make America Great Again,’ was looking backwards.“ (Clinton 2018).

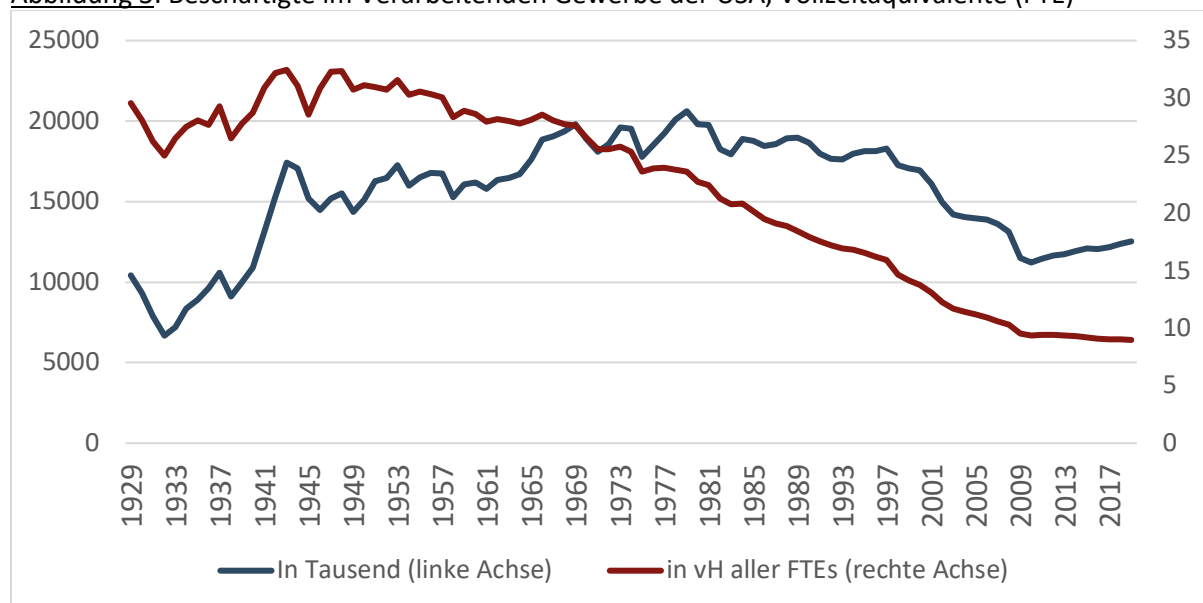
Das signalisiert einen historischen Wandlungsprozess, denn die Demokratische Partei war traditionell „die Partei der Arbeiterschaft gewesen. Aber zu Beginn der 1970er Jahre, in einer Zeit, in der die Republikanische Partei die männliche weiße Arbeiterschaft umwarb, vor allem die Männer, die ihre Arbeitsplätze in der Industrie verloren hatten, begann die Demokratische Partei die Arbeiterschaft aufzugeben, in erste Linie weiße Männer, und zwar zugunsten einer Koalition von Frauen, Minderheiten und einem Personenkreis, der mittlerweile als ‚knowledge workers‘ bezeichnet wurde ...“ (Lepore 2019, S. 843). Darauf hat die Demokratische Partei bis heute keine wirksame Antwort gefunden, die Republikaner sehen für sich überhaupt keine Herausforderung in der skizzierten Verschiebung.

Politisch hat diese Differenzierung der Parteistammwähler zu einer programmatischen Homogenisierung beider Parteien seit den 1970er Jahren geführt, die über die Jahre eine immer wirkungsmächtigere Formung gefunden hat (Lepore 2019, S. 788 ff.). Während die Demokraten in Nachfolge der liberalen Erfolge der 1960er Jahre und vor allem Johnsons Great Society-Programms sich immer weiter an der Identitätspolitik ausgerichtet haben, wandte sich die Grand Old Party seit den frühen 1970er Jahren von zuvor vertretenen liberalen Positionen – zu Gleichberechtigung, Abtreibung, Homosexualität, Einwanderung, Rassengleichstellung, Waffenbesitz – ab. „Konservative begründeten ihren Machtanspruch mit dem Scheitern des Liberalismus, das in den 1960er Jahren begann, als der Begriff der Identität den Begriff der Gleichheit ersetzte“ (Lepore 2019, S. 960). So verschärft die politische Spaltung die sie erzeugende ökonomische Segregation.

### Herausforderungen für die Biden-Administration

Die ökonomischen und politischen Strukturen sind für die Analyse der wirtschaftspolitischen Perspektiven so bedeutsam, weil sie in ihrer Verhärtung den Spielraum der neuen Administration definieren. Entsprechend finden sich von Joe Biden programmatische Hinweise aus der Wahlkampagne, die auf die Stärkung des industriellen Sektors und verbesserte Bedingungen für traditionelle Mittelklasse-Haushalte zielen (Biden 2020). Im Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt stellt man indes fest, dass seit der Finanzkrise der Abbau von Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe allenfalls gestoppt werden konnte (Abbildung 3). Der Anteil an allen Erwerbstätigen liegt mit unter 10 Prozent nur halb so hoch wie in Deutschland, zugleich erweist sich die Einkommensperspektive in diesem Sektor als deutlich schwächer als hierzulande.

Abbildung 3: Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe der USA, Vollzeitäquivalente (FTE)



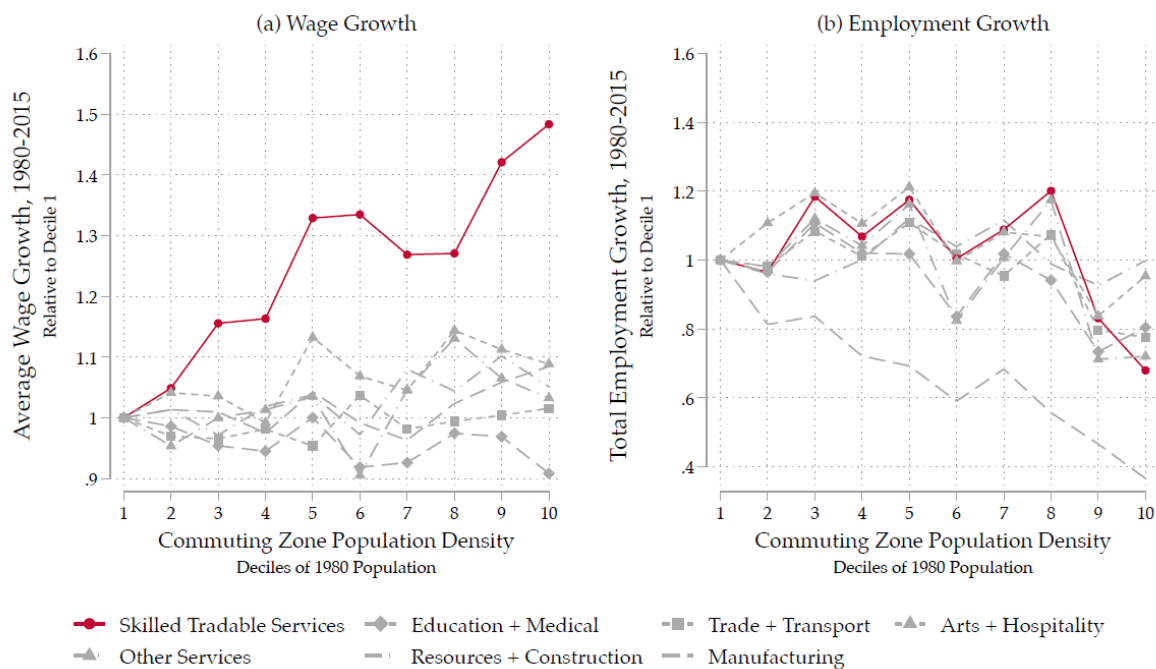
Quelle: Bureau of Economic Analysis, Institut der deutschen Wirtschaft

Dies entspricht auch dem Anteilsverlust der Industrie an der Bruttowertschöpfung in den USA, der verglichen mit Deutschland sehr viel stärker war; mit ebenfalls rund 10 Prozent erreicht er nur die Hälfte des Anteils hierzulande. Eine wesentliche Erklärung für den Unterschied liegt in der unterschiedlich ausgeprägten Flexibilität, auf günstigere Importe vor allem aus China reagieren zu können. Für die USA zeigt sich, „that the increase in U.S. imports from China, which accelerated after 2000, was a major force behind recent reductions in U.S. manufacturing employment and that, through input-output linkages and other general equilibrium effects, it appears to have significantly suppressed overall U.S. job growth. [...] Our central estimates suggest net job losses of 2.0 to 2.4 million

stemming from the rise in import competition from China over the period 1999 to 2011" (Acemoglu et al. 2016). Für Deutschland lassen sich zwar ebenfalls Jobverluste in jenen Sektoren ermitteln, die der chinesischen Importkonkurrenz ausgesetzt sind, aber insgesamt konnte die Exportorientierung der deutschen Industrie Wertschöpfung und Jobs neu entwickeln, so dass gilt: „that globalization did not speed up the manufacturing decline in Germany. It even retained those jobs in the economy“ (Dauth et al. 2017).

Die regionale Verdichtung wirtschaftlichen Wachstums in den USA ergibt sich auch daraus, dass die Wissensintensivierung vieler Berufe im Dienstleistungsbereich auf Netzwerk- und Skaleneffekten in Städten beruht. So war das jüngste Wirtschaftswachstum in den USA auffallend auf die reichsten und größten Städte ausgerichtet. Eine Studie von Eckert et al. (2019/20) zeigt, welche Bedeutung dafür kompetenz- und informationsintensive Dienstleistungsbranchen und deren Konzentration an produktiven Standorten haben. Offenkundig finden sich Superstar-Unternehmen in Superstar-Städten und charakterisieren so das Wirtschaftswachstum in wissensbasierten Volkswirtschaften wie den USA, zugleich erklären sie die gewachsene regionale Ungleichheit zwischen Arbeitnehmern und Regionen (Abbildung 4).

**Abbildung 4:** Transformation hochqualifizierter Jobs in den USA



Quelle: Eckert, Ganapati und Walsh (2019/20).

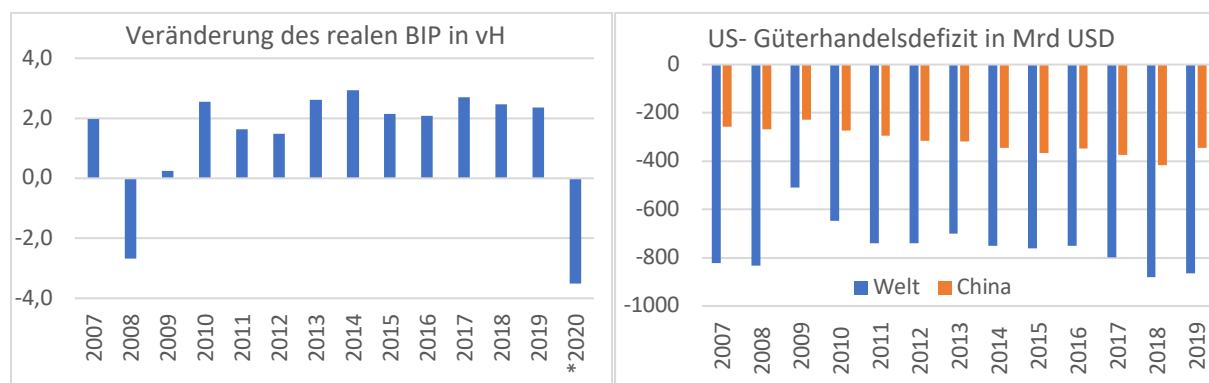
Diese Dienstleistungsbranchen weisen sowohl eine hohe Qualifikationsintensität auf als auch eine besondere internationale Handelbarkeit; Unternehmensberatung, Softwareentwicklung und Finanzdienstleistungen sind einige herausragende Beispiele. Seit 1980 erzielen die Arbeitnehmer in diesen Branchen im Vergleich zu allen anderen amerikanischen Arbeitnehmern ein außerordentliches Lohnwachstum auf. Dieses schnelle Lohnwachstum hat jedoch nicht zu entsprechenden Beschäftigungszuwächsen für den Sektor geführt. Im Gegensatz dazu folgt das Beschäftigungswachstum dem Lohnwachstum in anderen Sektoren. Die talentiertesten Arbeiter und Unternehmen für solche Dienstleistungen bedienen heute einen größeren Teil des Marktes, erhöhen ihr Einkommen und machen weniger talentierte Arbeiter für handelbare Dienstleistungen überflüssig. Ein Blick auf die Beschäftigungszusammensetzung zeigt, dass der Anteil der Arbeitnehmer mit mindestens einem Hochschulabschluss, die in solchen Dienstleistungen arbeiten, schneller gewachsen ist als der Beschäftigungsanteil dieser Arbeitnehmer an der Gesamtwirtschaft.

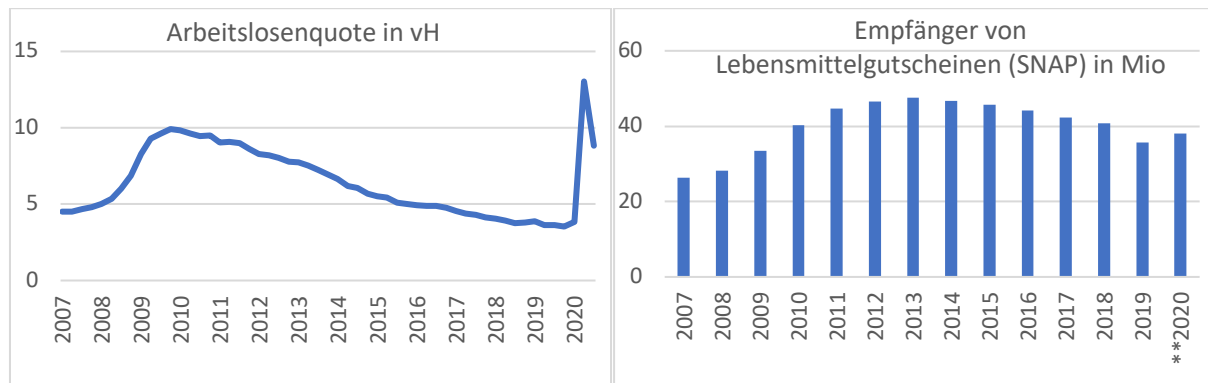
Gegen diese Trends kann eine nationale Wirtschaftspolitik nur dann Wirkung entfalten, wenn sie auf eine regionalpolitische Strategie setzt, die neben Bildungsinfrastruktur – vor allem auch eine berufliche Bildung – auch gezielt eine Ansiedlungspolitik betreibt, damit die Jobs zu den Menschen kommen, wenn die Wanderung nicht mehr wie früher funktioniert. Während Regionalpolitik in Deutschland durch den Bund seit den frühen 1950er Jahren und in Europa im Rahmen der Kohäsionspolitik seit den 1960er Jahren betrieben wird, ist dies in den USA nicht der Fall. Damit sind regionale Pfadabhängigkeiten kaum zu durchbrechen. Die MIT-Studie zur Zukunft der Industrie in den USA hat den strategischen Nachteil in einem Mangel an Netzwerken und Clustern (Ökosystemen) verortet, was dazu führe, dass viele Industrieunternehmen isoliert und damit ohne Chance im internationalen Innovationswettbewerb seien (Berger 2013). Auch hierauf liegt die Antwort in einer gezielten Entwicklung regionaler Verbände. Deutschlands Vorteil liegt in der föderalen politischen Struktur begründet, der die Industrialisierung seit dem 19. Jahrhundert durch die Schaffung von regionalen Clustern bis heute prägt und deshalb die Superstar-Städte in ihrer Bedeutung für die Einkommensentstehung kompensiert (Hüther 2018).

### „America first“ wirkte als „America alone“

Es kann deshalb nicht verwundern, wenn weder die brachiale Außenwirtschaftspolitik noch die „America first“-Agenda von Donald Trump keine nachhaltigen Effekte entfalten konnte, der Vergleich mit den acht Jahren der Präsidentschaft von Obama ist deshalb ernüchternd (Abbildung 5). Das Leistungsbilanzdefizit gegenüber Deutschland bewegt sich auf stabilem Niveau (in Mrd. US-Dollar); gegenüber China, dem Hauptzielland der US-Zölle, hat sich das entsprechende Defizit von 335 Mrd. US-Dollar 2016 auf 311 verringert, nachdem es zwischenzeitlich auf über 400 Mrd. US-Dollar angestiegen war. Die USA verdienen mittlerweile nur noch 43 Prozent der Erträge in ihrer Leistungsbilanz über Warenexporte, den Rest mit Dienstleistungen, durch Kapitaleinkünfte und Transfers. Die lange etablierten Trends und Muster der Spezialisierung im internationalen Handel lassen sich angesichts der damit verbundenen Globalisierung der Wertschöpfungsketten nicht so einfach aufbrechen, zumal dann nicht, wenn eine Regierung konsequent kontraproduktiv agiert: über höhere Staatsausgaben, geringere Steuern, geringere Ersparnis und höhere Investitionen.

Abbildung 5: Was Trump (nicht) erreicht hat





Quelle: FRED, The Conference Board, U.S. Bureau of Economic Analysis, U.S. Department of Agriculture. \*Schätzung ab 2020; \*\*2020 = Durchschnitt der Monate Okt. 2019 - April 2020

Doch nicht nur außenwirtschaftlich hat Trump seine selbsterklärten Ziele nicht erreicht. Die Wachstumsdynamik folgt in etwa der unter Obama, der mit einer Vielzahl von konjunkturstimulierenden Maßnahmen das Erbe der Weltwirtschaftskrise zu bereinigen versuchte. Die Anzahl der Empfänger von Lebensmittelgutscheinen ist zwar seit 2013 rückläufig, hat aber bislang das Niveau vor der Finanzkrise nicht wieder erreicht. Und dies, obwohl es bereits ab dem Jahr 2010 gelungen ist, die Arbeitslosenquote zu verringern; erst die Covid19-Pandemie hat wieder zu einem abrupten und massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Beide Indikatoren zeigen ergänzend zu verteilungspolitischen Befunden (Peterson Institute 2020), dass die Reduzierung der Arbeitslosigkeit nicht wie früher mit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse verbunden war, zumal insgesamt – wie erwähnt – die Erwerbstätigenquote aktuell deutlich unter dem Niveau des Jahres 2000 liegt.

Vor diesem Erfahrungshintergrund ist kaum zu erwarten, dass der von Biden in Aussicht gestellte 700-Milliarden-Dollar-Plan – staatliche Ausgaben in Höhe von 400 Milliarden Dollar für US-Güter und Dienstleistungen und Investition von 300 Milliarden Dollar in Forschung und Entwicklung für Technologien wie Elektrofahrzeuge, leichte Materialien, 5G und künstliche Intelligenz – zu einem grundsätzlich anderen Ergebnis führen kann. Es dürfte vielmehr zu einer weiteren Profilierung der wissensbasierten Super-Star-Communities kommen. Am ehesten sind regionale Effekte von den ebenfalls angekündigten 1,3 Bill. USD für Infrastruktur über ein Jahrzehnt zu erwarten (50 Mrd. USD im ersten Amtsjahr für die Instandsetzung von Straßen, Autobahnen und Brücken, 20 Mrd. USD für die ländliche Breitbandinfrastruktur, 400 Mrd. USD über 10 Jahre für Forschung und Innovation im Bereich saubere Energie, 5 Mrd. USD über fünf Jahre für die Batterietechnologie für Elektroautos und 10 Mrd. USD über 10 Jahre für Transitprojekte, die Gebiete mit hoher Armut versorgen).

Die Überwindung der ökonomischen Spaltung verlangt eine regionalpolitische Strategie, die sich den strukturell veränderten Realitäten stellt. Das aber setzt einen gesamtstaatlichen und überparteilichen Konsens voraus, der angesichts der politischen Spaltung nicht zu erwarten ist. Die dafür gebotene Erhöhung der direkten Steuern – man den die USA als unterbesteuerter bewerten – wird zudem ein unüberwindliches Hindernis im Senat bilden. Alles in allem ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass eine Wirtschaftspolitik wirksam an den sozialen Verwerfungen etwas ändern können. Das wiederum verhärtet die schon harten politischen Fronten weiter. Dagegen ist eine liberale Außenwirtschaftspolitik nur vermittelbar, wenn sie die Parole „America first“ in „Let’s do better together“ umwandelt, ohne die eigenen Interessen zu verleugnen, aber deren Durchsetzung gegen China und Russland zum gemeinsamen Anliegen des transatlantischen Westens macht. Hierfür gibt es mit Biden Hoffnung.

## Literatur:

Acemoglu, Daron, David Autor, David Dorn, Gordon H. Hanson, Brendan Price (2016): Import Competition and the great US Employment Sag of the 2000s, NBER Working Paper 20395 [https://www.nber.org/system/files/working\\_papers/w20395/w20395.pdf](https://www.nber.org/system/files/working_papers/w20395/w20395.pdf)

Austin, Benjamin A., Edward L. Glaeser and Larry Summers (2018): Jobs for the Heartland: Place-Based Policies in 21st Century America, NBER Working Paper 24548 [https://scholar.harvard.edu/files/glaeser/files/jobs\\_for\\_the\\_heartland\\_nberwp.pdf](https://scholar.harvard.edu/files/glaeser/files/jobs_for_the_heartland_nberwp.pdf)

Berger, Suzanne (2013): Making in America. From Innovation to Market. The MIT Press: Cambridge MA.

Biden, Joe (2020): The Biden Plan to Ensure the Future is “MADE IN ALL OF AMERICA” by all of America’s Workers <https://joebiden.com/made-in-america/>

Chetty, Raj, David Grusky, Maximilian Hell, Nathaniel Hendren, Robert Manduca, Jimmy Naranghetty (2017): The fading American dream: Trends in absolute income mobility since 1940. Science Vol 356, Issue 6336, S. 398-406 <https://science.sciencemag.org/content/356/6336/398.full>

Clinton, Hillary (2018): Speech at the India Today Conclave 2018 in Mumbai <https://www.businessinsider.com/hillary-clinton-says-trump-won-backwards-states-in-2016-2018-3?r=DE&IR=T>

Dauth, Wolfgang, Sebastian Findeisen, Jens Südekum (2017): Trade and Manufacturing Jobs in Germany, DICE Discussion Paper 242 [https://www.dice.hhu.de/fileadmin/redaktion/Fakultaeten/Wirtschaftswissenschaftliche\\_Fakultaet/DICE/Discussion\\_Paper/242\\_Dauth\\_Findeisen\\_Suedekum.pdf](https://www.dice.hhu.de/fileadmin/redaktion/Fakultaeten/Wirtschaftswissenschaftliche_Fakultaet/DICE/Discussion_Paper/242_Dauth_Findeisen_Suedekum.pdf)

Eckert, Fabian, Sharat Ganapati, Conor Walsh (2019/20): Skilled Scalable Services: The New Urban Bias in Economic Growth. Opportunity and Inclusive Growth Institute Working Papers 25, Federal Reserve Bank of Minneapolis <https://www.minneapolisfed.org/institute/working-papers-institute/iwp25.pdf>

Federal Reserve Bank of St. Louis (2020): Federal Reserve Economic Data, <https://fred.stlouisfed.org>

Hüther, Michael (2018): Looking Back to the Future: Time Strata and Economic Analysis, Journal of Contextual Economics – Schmollers Jahrbuch, Bd. 138/2: S. 89–116

Hüther, Michael, Henry Goecke (2016): San Francisco Bay Area: 750 US-Dollar mehr für jeden US-Bürger, IW-Kurzbericht 70/2016 [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2016/305567/IW-Kurzbericht\\_70\\_2016\\_San\\_Francisco\\_Bay\\_Area.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2016/305567/IW-Kurzbericht_70_2016_San_Francisco_Bay_Area.pdf)

Lepore, Jill (2019): Diese Wahrheiten. Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. C.H. Beck: München.

OECD (2018), *A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/9789264301085-en>.

Packer, George (2014): Die Abwicklung. Eine innere Geschichte des neuen Amerika. S. Fischer: Frankfurt am Main.

Peterson Institute for International Economics (2020): How to Fix Economic Inequality? An Overview of Policies for the United States and Other High-Income Economies, <https://www.piie.com/sites/default/files/documents/how-to-fix-economic-inequality.pdf>

U.S. Bureau of Economic Analysis (2020): U.S. International Trade in Goods by Area and Country, Seasonally Adjusted Detail.

U.S. Census Bureau (2019), CPS Historical Migration/Geographic Mobility Tables, <https://www.census.gov/data/tables/time-series/demo/geographic-mobility/historic.html>

U.S. Department of Agriculture (2020): SNAP Data Tables. <https://www.fns.usda.gov/pd/supplemental-nutrition-assistance-program-snap>